



HESSISCHER LANDTAG

05.12.2005

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) und zur Änderung
anderer Rechtsvorschriften**

Drucksache 16/4584

- Einzelplan 05 -

Der Landtag wolle beschließen:

- Zu Kapitel 05 03 Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft
- Zu Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen
und Beamten - Laufende Zahlungen
1. Der Ansatz von 36.993.700 EUR wird
um 2.629.116 EUR auf 39.622.816 EUR
erhöht.
- Begründung:
Die Mittel werden für 14 neue R1-Stellen
und 12 neue A12-Stellen verwendet. Der
Stellenplan wird entsprechend geändert
2. Der Vermerk, dass neun Planstellen R 1
Staatsanwalt/Anwältin in den HH-Jahren
2006 bis 2007 in Abgang zu stellen sind,
wird gestrichen.
 3. Der PVS-Vermerk an zwei Stellen A 12
Anwalt/Anwältin wird gestrichen.
- .

Wiesbaden, 5. Dezember 2005

Der Fraktionsvorsitzende:
Jürgen Walter